

# Antrag

**Initiator\*innen:** Grüne im Bezirkstag von Oberbayern (dort beschlossen am: 28.04.2025)

**Titel:** Zusammenhalt trotz Kürzungszwang - Grüne Politik für starke Kommunen

## Antragstext

### 1 Problemlage

2 Der soziale Zusammenhalt in unseren Städten und Gemeinden steht auf dem Spiel!  
3 Überall in Oberbayern werden kommunale Haushalte zusammengestrichen, soziale  
4 Einrichtungen werden geschlossen, kulturelle Angebote eingestampft und wichtige  
5 infrastrukturelle Projekte auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben

6 In Ingolstadt wird im Juni im Stadtrat ein umfangreiches Kürzungspaket  
7 diskutiert werden. In München-Sendling musste die Offene Beratungsstelle für  
8 Jugendliche ihre Öffnungszeiten halbieren. Der Sozialausschuss des Bezirkstags  
9 von Oberbayern hat mehrheitlich beschlossen, die Tariferhöhungen für die  
10 Personalkosten für die Sozialpsychiatrischen Dienste, die Offene  
11 Behindertenarbeit und die Suchtberatung nicht auszugleichen; damit geraten  
12 einige Träger in Schieflage.

13 Einrichtung wie Tagesstätten für psychische Gesundheit, Kontakt- und  
14 Begegnungsstätten der Suchthilfe und Zuverdienstprojekt sind in ihrem Bestand  
15 gefährdet, da sich die Personalkosten an denen der oben genannten Richtlinien  
16 orientieren.

17 Wichtige, niedrighschwellige Versorgungsstrukturen sind gefährdet. Diese  
18 Beispiele sind nur die Spitze des Eisbergs einer verheerenden Entwicklung:  
19 Überall wird bei den sogenannten "freiwilligen Leistungen" der Rotstift

20 angesetzt – bei genau den Angeboten, die unsere Gemeinschaft zusammenhalten.

21 Während der Bezirk Oberbayern vor schwierigen finanziellen Entscheidungen steht,  
22 müssen wir uns fragen: Was passiert, wenn überall gespart wird? Die Antwort ist  
23 erschreckend: Wir sparen uns arm! Denn jeder Euro, den wir bei Prävention,  
24 Jugendhilfe oder Integration einsparen, kostet uns später ein Vielfaches bei  
25 Folgekosten.

## 26 **Unsere Analyse**

27 Durch die Bezirksumlage wird eine Ausgleich zwischen den Kommunen geschaffen,  
28 der gleichwertige Lebensverhältnisse in Oberbayern ermöglichen soll. Wenn wir  
29 jedoch bei den sogenannten „freiwilligen Leistungen“ der Kommunen kürzen,  
30 zerstören wir das soziale und kulturelle Fundament unserer Gemeinden und damit  
31 den gesellschaftliche Zusammenhalt. Die Folgen sind fatal:

32 Jeder Sozialpsychiatrische Dienst, der sein Angebot einschränken oder gar  
33 schließen muss, versorgt niedrigschwellig Menschen, die psychisch krank sind.  
34 Fällt dieses Angebot weg, besteht die Gefahr, dass die Menschen früher und  
35 häufiger stationär versorgt werden müssen, dass sie den Halt, ihre Arbeit, ihre  
36 Wohnung verlieren. Bei Obdachlosigkeit sind dann die Gemeinden und Städte  
37 zuständig, die massive Folgekosten tragen müssen.

38 Die Suchtberatungsstelle, die heute geschlossen wird, führt morgen zu mehr  
39 Abhängigen, die stationär behandelt werden müssen. Das Jugendzentrum, das heute  
40 schließt, bedeutet übermorgen mehr Jugendliche ohne Perspektive. Der  
41 Kulturverein, der heute aufgeben muss, hinterlässt eine Lücke im  
42 gesellschaftlichen Zusammenhalt, die sich nicht mit Geld füllen lässt.

43 Mit jedem Rasenmäher-Schnitt in den kommunalen Haushalten verlieren wir nicht  
44 nur Angebote – wir verlieren Vertrauen, Gemeinschaft und letztlich die Grundlage  
45 unserer Demokratie. Das können und dürfen wir nicht zulassen!

## 46 **Unsere Forderungen**

47 Wir GRÜNE stehen für eine nachhaltige Finanzpolitik, die in Menschen investiert  
48 statt an ihnen zu sparen! Daher fordern wir:

49 1. Schluss mit dem Rasenmäherprinzip! Kürzungen nach diesem Prinzip zerstören  
50 gewachsene Strukturen und vernichten wertvolle, über die Jahre gewachsene  
51 Expertise. Wir brauchen eine differenzierte Betrachtung der kommunalen Ausgaben

52 und den Mut, Prioritäten zu setzen.

53 2. Stärkung der kommunalen Finanzkraft! Wir fordern von Bund und Land eine  
54 auskömmliche Finanzierung der Kommunen, die ihrer gesellschaftlichen  
55 Verantwortung gerecht wird. Dies bedeutet eine grundlegende Reform des  
56 kommunalen Finanzausgleichs und die Überprüfung von Förderprogrammen auf ihre  
57 tatsächliche Wirksamkeit. Die Forderung nach der Kommunalmilliarde der Grünen  
58 Landtagsfraktion ist dabei ein richtiger Schritt..

59 3. Investitionen in Prävention! Jeder Euro, den wir in präventive Maßnahmen  
60 stecken, spart langfristig ein Vielfaches an Folgekosten. Wir fordern daher  
61 einen Schutzschirm für soziale Infrastruktur in unseren Kommunen und eine  
62 ehrliche Einpreisung der Folgekosten in jegliche Kürzungsforderung

63 4. Gemeinsame Strategie aller kommunalen Ebenen! Wir fordern den Gemeindetag und  
64 den Landkreistag auf, gemeinsam mit dem Bezirk eine Strategie zu entwickeln, wie  
65 freiwillige Leistungen auch in Zeiten knapper Kassen gesichert werden können.

#### 66 **Unser Aufruf**

67 Die Kommunalwahlen stehen vor der Tür! Jetzt ist die Zeit, um vor Ort Gesicht zu  
68 zeigen und für unsere Werte einzustehen. Wir rufen alle GRÜNEN Mitglieder und  
69 natürlich unsere kommunalen Mandatsträger\*innen in Oberbayern auf, sich auf  
70 kommunale Listen setzen zu lassen und mit uns gemeinsam für lebendige, soziale  
71 und nachhaltige Gemeinden zu kämpfen.

72 Lasst uns gemeinsam deutlich machen: Mit uns GRÜNEN gibt es keinen Ausverkauf  
73 des Sozialen! Wir stehen für starke Kommunen, die in ihre Menschen investieren  
74 statt an ihnen zu sparen. Denn nur so schaffen wir lebenswerte Orte für alle –  
75 heute und in Zukunft!